

Ein potentieller Idealfall von Umnutzung : die Hochschule Aargau und ihre Standortfrage

Autor(en): **Huber, Hermann**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art**

Band (Jahr): **62 (1975)**

Heft 11: **Umnutzung von Bauten = Réhabilitation des bâtiments**

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-47881>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Infanteriekaserne, Fabrikgebäude...

Ein potentieller Idealfall von Umnutzung: die Hochschule Aargau und ihre Standortfrage

Der nachfolgende Text zur aktuellen Standortfrage der neuen Hochschule Aargau für Bildungswissenschaften wurde auf unsere Anfrage hin von Hermann Huber, dipl. Arch. ETH, wissenschaftlichem Mitarbeiter der Vorbereitungsstufe zum Entwicklungsprojekt, verfasst.

Die Standortuntersuchungen der Aargauer Planer stellen bereits zu diesem Zeitpunkt ein bemerkenswertes spezifisches Planungsbeispiel im Zusammenhang mit dem Fragenkomplex Umnutzung bestehender Bausubstanz dar. Red.

1970 beauftragten die Aargauer Stimmberechtigten mit der Genehmigung eines Planungskredits die politischen Instanzen, einen Grundsatzentscheid für die Errichtung einer Hochschule für Bildungswissenschaften vorzubereiten. Neben der bildungsplanerischen und organisatorischen Konzeption der Hochschule waren auch Standorte zu evaluieren und Kostenschätzungen für Investitions- und Betriebskosten vorzunehmen¹. Auf eigentliche Bauprojekte war aus finanziellen (möglichst niedrige Investitionen für Arbeiten vor dem definitiven Volksentscheid) und Verfahrensgründen (bewusst geringer Detaillierungsgrad der Eingabegrößen seitens der Bildungsplaner) verzichtet worden. Die Ergebnisse der Standortuntersuchung und der Kostenschätzungen liegen zurzeit in Form von Empfehlungen des Gründungsausschusses an die politischen Instanzen vor (April 1975).

Im Rahmen dieser Untersuchungen wurde von den Planern abgeklärt, inwiefern die Hochschule auch in Altbauten untergebracht werden könnte. Dabei gingen sie von folgenden grundsätzlichen

Überlegungen aus:

Eine Hochschule für Bildungswissenschaften bringt günstige Voraussetzungen für die Benützung von bestehenden Bauten mit: Leute, die sich in Lehre und Forschung mit Bildungswissenschaften beschäftigen, brauchen keine installationsintensiven Laboreinrichtungen, sondern büroartige Räume. Solche lassen sich in einem bestehenden Gebäude unterbringen. Das gruppenbezogene Ausbildungskonzept der Hochschule – nur Aufbau- und berufsbegleitende Kontaktstudien, kein Grundstudium – erfordert keine konstruktiv anspruchsvollen Hörsäle, sondern nur Gruppen- und Seminarräume bis zu Schulzimmergrösse – welche allenfalls kombinierbar vorzusehen sind.

Die gesamte Studien- bzw. Arbeitsplatzzahl ist gering: 1975 180–220 Plätze, 1985 500–600 Plätze.

Konzeptionelle Gesichtspunkte der Hochschule Aargau erfordern einen möglichst zentral gelegenen Standort: Eine Campushochschule wurde von Anfang an ausgeschlossen. Anforderungen wie die Erreichbarkeit aus dem gesamtschweizerischen Einzugsgebiet, insbesondere für berufsbegleitende Studien, die Nähe zu Praxisfeldern der schulischen, Erwachsenen-, Berufsbildung und Bildungsverwaltung, die Doppelnutzung bestehender Räume durch die Hochschule und der Hochschuleinrichtungen durch die Bewohner der Standortgemeinden, ein möglichst grosses Angebot an städtischen Dienstleistungen in unmittelbarer Nähe für die künftige Hochschulbevölkerung usw. lassen einen Standort in zentraler Lage einer Gemeinde besonders vorteilhaft erscheinen.

Angesichts der geringen Grösse der geplanten Institution ist es auch unter siedlungspolitischen Gesichtspunkten zu verantworten, eine zentrale Lage vorzusehen. Die Gefahr ist gering, dass die Hochschule zu unerwünschter grossräumiger Nutzungsentflechtung und entsprechend öden Stadtvierteln führt.

Solche zentrale Standorte sind jedoch im allgemeinen bereits überbaut. Die sozioökonomischen Gegebenheiten bezüglich der Nutzung solcher Areale und Gebäude

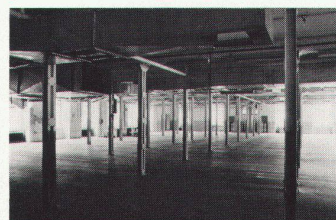
haben sich jedoch in den letzten Jahren etwas verändert: Korrigierte und reduzierte Prognosen über die Frage nach privaten Dienstleistungen und die fehlenden Finanzen bei verschiedenen grösseren Bauträgern lassen es erstmals seit Jahrzehnten wieder als denkbar erscheinen, zentral gelegene Areale für öffentliche Nutzungen vorzusehen.

Bestehende Bauten werden nicht mehr fraglos abgebrochen. Der Zwang zum sparsamen Umgang mit öffentlichen Geldern verlangt die sorgfältige Abklärung der Benützbarkeit bestehender Bauten für neu auftretende Nutzungen. Insbesondere können Umdispositionen öffentlicher Flächen – wie zum Beispiel im Falle Aaraus die Aufgabe der alten Infanteriekaserne durch das Militär – im Sinne einer generellen Raumbewirtschaftung öffentlicher Flächen Möglichkeiten für neu auftretende Nutzungen erschliessen. Richtigerweise haben die Planer die Frage «Muss überhaupt gebaut werden?» an den Anfang aller Bauplanung gestellt.

In Anbetracht der relativ knappen Finanzen sind die für die Hochschule verfügbaren Mittel soweit wie möglich in den Betrieb und nicht in Bauten zu investieren.

Bis vor kurzem war es üblich, bauplanerische Entscheidungsverfahren dadurch möglichst unkompliziert zu halten, dass neue Nutzungsanforderungen auf der grünen Wiese realisiert wurden. Bei planenden und politischen Instanzen ist in letzter Zeit jedoch die Bereitschaft gestiegen, komplexe Planungsvorhaben in innenstädtischen Gebieten in ihrer Komplexität zu akzeptieren und zu bewältigen.

Im Unterschied zu den Bauten der sechziger Jahre haben aus der Sicht der Planer und Benützer die Selbstdarstellungsaspekte von Bauten, das äusserliche Sichtbarmachen ihrer Funktionen, an Bedeutung verloren. Erst diese generelle Einstellungsänderung hat es ermöglicht, dass ein Planungsvorhaben wie eine Hochschule in einem bereits durch andere Nutzungen «geprägten» Gebäude überhaupt vorstellbar wird.



Fotos: 1, 2 Marco Hüttenmoser, Basel; 3, 4 M. Ritter, Basel. Abbildungen 5, 6, 7 aus: Hochschule Aargau für Bildungswissenschaften, Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat, Teil 2, Bau, Standort, Kosten, April 1975

Diese Überlegungen führten zur Untersuchung folgender Bauten:

- Infanteriekaserne Aarau (Abb. 1);
- ältere Fabrikgebäude am Cityrand in Aarau (Abb. 2);
- Spinnereigebäude in Wettingen (Abb. 3, 4);
- Kombination innerstädtischer Gebäude in Lenzburg.

An jedem Standort wurden eine oder mehrere Hochschulentwicklungen, sogenannte «Entwicklungsabläufe», simuliert. Beschrieben und kostenmässig erfasst wurde dabei die bauliche Entwicklung vom jetzigen Standort der Vorbereitungsstufe auf dem Francke-Areal in Aarau bis zum definitiven Hochschulstandort sowie die

¹ Im Rahmen einer sogenannten «Vorbereitungsstufe Hochschule» sollten ausserdem dringliche Projekte der Bildungsforschung in Angriff genommen werden.

Der Einbezug bestehender Bauten in die Standortuntersuchung hat die Vielfalt und Qualität der Möglichkeiten entscheidend beeinflusst. Die ersten Ränge der Empfehlungen umfassen durchwegs Vorschläge mit Kombi-

Die Umbaukosten bewegen sich im allgemeinen zwischen 60 und 75% vergleichbarer Neubaukosten, was als relativ hoch erscheint. Berücksichtigt man jedoch, dass es sich bei allen untersuchten Gebäuden um «Abbruchobjekte» handelt, die in den letzten Jahren nur noch notdürftig unterhalten wurden, das heisst, dass in den Umbaukosten die über Jahre eingesparten Unterhaltskosten enthalten sind, so können die Kosten der verschiedenen Varianten durchwegs als tragbar bezeichnet werden.

